

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauskonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Anrechnung für Deutschland und Österreich-Mitgliedern 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Correspondenz: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7 gespaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 3 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3.

Dresden, Sonnabend den 4. Januar 1919.

30. Jahrg.

Die Gefahr im Osten.

Die Reichsregierung, die preussischen Volksbeauftragten und Mitglieder des Zentralkomitees haben sich mit den Ostfragen, insbesondere mit der Lage in der Provinz Posen beschäftigt und über Maßnahmen zum militärischen Schutze des Reichsgebietes beraten. Eine Rundgebung wird die Bildung eines Freiwilligenheeres vorbereiten. Die spartakistische unabhängige Preussisch-polnische Landesregierung hat mitten in der Krise, in der sie sich befindet, nach einer Weidung der U. N. noch Zeit gefunden, „aufs schärfste“ gegen die Bildung von Freiwilligenkorps zum Grenzschutz im Osten zu protestieren. Der Preussisch-polnische A- und S-Rat erblickt in ihnen „nichts anderes als Werkzeuge der Gegenrevolution“, geeignet, den Bürgerkrieg heraufzubekommen. Nach seiner Anordnung ist jeder, der durch Anruf, Versammlung, Befehlsausübung oder sonstige zur Bildung und zum Eintritt in die Freiwilligenkorps auffordert, sich zu ihnen anwerben läßt, zu verhaften und wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. Der A- und S-Rat beschloß auch bereits, das Oberhaupt des freiwilligen Schützenregiments Major v. Rodenhauer und sämtliche Werbeoffiziere wegen Hochverrats zu verhaften und verurteilen zu lassen.

Dieses Vorgehen frönt die unheilbare Verwirrung, die von jeder in spartakistischen und von aller Vernunft unabhängigen Köpfe geherrscht hat. Sie halten es für ein revolutionäres Verdienst, die sozialistische Freiheit, wie sie sie auffassen, im Bürgerkrieg zu verteidigen. Sie prebigen den Bürgerkrieg, selbst um den Preis, daß Arbeiterblut fließt. Sie weigern sich aber, die sozialistische Freiheit gegen feindliche Angriffe von außen zu verteidigen. Sie sind Hochverräter an der Revolution. Maschinengewehre und Handgranaten gegen das eigene Volk — dem Feinde offene, unverteidigte Grenzen! Darin gipfelt der hinterbrämte Wahnsinn dieser „Revolutionäre“. Sie beschuldigen die Reichsregierung des Hochverrats und sie begehnen ihn. Begehnen ihn so offenkundig, daß keine Maßnahme rasch genug kommen und scharf genug sein kann, um diesen Hochverräter das gefährliche Handwerk zu legen. Die Reichsregierung darf sich die Grenze dreier Volkshäuser nicht länger gefallen lassen, wenn sie nicht moralischen Selbstmord begehen will.

Der polnische Vormarsch.

In Posen haben sich Vertreter aus den Städten Posen, Bromberg, Gnesen und Gnesen dahin verständigt, daß alle Feindseligkeiten sofort einzustellen sind. Weitere Verhandlungen in Verbindung mit der Berliner Regierung sollen innerhalb der nächsten Tage stattfinden. Die Polen behalten nach den getroffenen Vereinbarungen die bisher von ihnen besetzten Gebiete, dürfen aber weitere nicht besetzen. Verstärkungen des Grenzschutzes oder Heimaufmärsche werden, solange dieser Waffenstillstand dauert, nicht herangeführt. Der gesamte Personen-, Güter- und Militärverkehr erfolgt wie gewöhnlich. Eine Durchsicherung der Güter sowie jeder Eingriff in den Betrieb soll unbedingt unterbleiben.

Nach einer Mitteilung des Bromberger Volksrats sind aber die in Posen getroffenen Vereinbarungen von den Polen nicht gehalten worden. Als bald nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Flüge bezeugen hatten, sind in Posen in Gnesen alle ausgebrochen. Post, Magistrat und Polizei wurden durch Polen besetzt, sind aber inzwischen von deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelitz wird gekämpft. Kruschwitz ist durch die Polen erobert und besetzt worden. Auch in Posen kam es wieder zu Schießereien am Bahnhof, über deren Ursache und Umfang genauere Meldungen noch nicht vorliegen.

In Gnesen sollen Kämpfe mit den Heimaufmärschen begonnen haben. Der Zugverkehr nach Gnesen ist eingestellt. Verschiedene kleine Städte, wie Protoschin und Kosten, sind in polnischen Besitz gekommen. In Bromberg wurde der Geschäftsführer des deutschen Volksrats für das Regierungsbezirk, George Kleinow, durch den A- und S-Rat verhaftet. Es herrscht große Erregung unter der deutschen Bevölkerung, besonders unter den gewerkschaftlich organisierten Eisenbahnern und den Postbeamten, die sich geschlossen dem deutschen Volksrat angeschlossen haben.

Das Standrecht in Schneidemühl.

Schneidemühl, 3. Januar. Seit heute ist über Schneidemühl das Standrecht verhängt worden. Der Garnisonalkommando und der A- und S-Rat rufen zur Bildung einer Bürgerwehr auf. Die Behörden sind angewiesen, dem Verlangen der Polen durch Erteilen der Unverletzlichkeit amnestiam zu machen. Diese hat dann sofort die Strafe zu verhängen.

Die Polen in Wilna.

Berlin, 3. Januar. Der Vorsitzende des Soldatenrats der 10. Armee, der in Berlin eingetroffen ist, bittet um die Entsendung geschlossener Kommanden in die Gegend von Wilna, um die Ausübung der deutschen Truppen sicherzustellen und die Verbindung mit der Ukraine aufrecht zu erhalten. Die Polen haben Besitz von Wilna ergriffen.

Die Selbsthilfe der Deutschen.

Berlin, 3. Januar. Die das Verl. Tagebl. berichtet, hat in Weferitz eine Vertreterversammlung der deutschen Volksräte mehrerer Kreise der Provinz Posen mit etwa 18000 Deutschen beschlossen, der Aufforderung des Ministers Ernst zur Selbsthilfe Folge zu leisten und einen von 40 Vertretern unterzeichneten Aufruf an die deutsche sozialistische Mannschicht zu erlassen, zum Schutze der Heimat und der deutschen Sprache gegen die polnische Plut einer zu gründenden Volkswache beizutreten. Da die Deutschen Westpreußens nach dem Rücktritt des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten ohne Regierung sind, ziehen sie in Erwägung, sich gemeinschaftlich von jeder Regierung in der Stadt Posen loszulösen und sich in vorkriegstechnischer Hinsicht den Provinzen Brandenburg und Schlesien anzuschließen. Die Entscheidung darüber soll am 6. Januar auf dem Vertretertag des deutschen Volksrats in Weferitz, der auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, gewählt ist, getroffen werden. Mehrere Städte sind schon im Begriff, ein Hilfskorps zur Unterstützung der deutschen Truppen aufzustellen.

Noch immer Partei Drehscheibe.

Die alten Nationalliberalen erscheinen im Kampf für die konstituierende Nationalversammlung neu lackiert und neu frisiert als Deutsche Volkspartei. Mit den Resten der Konservativen, die bekanntlich Deutsche Volkspartei firmieren, haben sie vielfach gemeinsame Listen, überall die engste Verbindung. Junkertum und Bourgeoisie haben sich in den Zeiten ihrer Herrschaft und ihres Glükes ausgezeichnet verdient: den Junkern wurde der Staat zur Bederrückung und Ausbeutung überlassen, und der starke Junkerhaat scherte dafür der Bourgeoisie das glänzende Geschäft. So will man sich denn auch jetzt im Unglück nicht trennen. Zur besonderen Empfehlung der Deutschen Volkspartei wird in ihrer Presse hervorgehoben, daß von 112 nationalliberalen Abgeordneten im Reich und in Preußen 98 sich zur Deutschen Volkspartei bekannt hätten. Das soll ein Truntpfand sein, den sie gegen die demokratische Partei aufspielen; in Wahrheit kann man keiner Partei etwas Schlimmeres nachsagen, als daß sie überwiegend aus den alten Nationalliberalen besteht.

Die Nationalliberalen sind an der Kriegskatastrophe und dem Niederlagen-Geist genau so schuldig wie die Konservativen. Weiterend mit Seydewitz hat Stresemann nach Erörterungen geschrien, zum rückwärtigen U-Boot-Krieg abgehebt und gegen Bethmann intrigiert. Während des Krieges war Stresemann nichts anderes als der junge Mann Ludendorffs im Reichstage. Dabei haben auch die Nationalliberalen sich nicht dazu aufschwingen können, durch rechtzeitige und gründliche Reformen Kampfkraft und Kampfwille des deutschen Volkes zu verstärken. Selbst die bekümmerte Wahlreform in Preußen ist ständig dadurch zu Fall gebracht worden, daß ein großer Teil der Nationalliberalen dagegen stimmte. Die eifrigsten Anhänger des gleichen Wahlrechts sind aus der nationalliberalen Partei ins demokratische Lager abgewandert; was zurückgeblieben ist und die Deutsche Volkspartei bildet, ist rein kleinerindustriell und großkapitalistisch, überzeugt und unverhüllt Schuttruppe des Geldsacks.

Die Deutsche Volkspartei bestimmt ihren Unterschied von der demokratischen Partei dahin, daß sie nicht wie diese bis zu einem gewissen Punkte mit der Sozialdemokratie mitarbeiten will, sondern ihr unbedingt Kampf ansetzt. Natürlich fürchtet niemand in Deutschland mehr als gerade diese neuen „deutschen Volksparteier“ die Sozialisierung. Das geht, wenn auch nicht an den Profit — augenblicklich ist ja keiner zu machen —, so doch an die Profitansicht für alle Zukunft. Daher die leidenschaftliche Kampfsong gegen die Sozialdemokratie. Die Motive der Herren sind nicht schwer zu durchschauen. Dabei waren die Nationalliberalen ein paar Tage lang um die Mitte November bereit, sofort ins demokratische Meer hinauszutauchen. Erst als sie merkten, daß sie bei dieser neuen Parteibildung auf Mandate und Führerstellen nicht viel rechnen konnten, haben sie ihre selbständige Politik der Sozialistenfresserei wieder aufgenommen.

So sind die Nationalliberalen auch als Deutsche Volkspartei geblieben, was sie immer waren: in Kern und Wesen rein kapitalistisch, in der praktischen Politik des Tages die Partei Drehscheibe. Wäre in Zukunft der revolutionäre Wind stark, werden die deutschen Volksparteier sich wiederum bilden und sich mächtig demokratisch gebärden. Läuft sich das deutsche Volk noch einmal einreden, sein schickiges Unglück entsomme nicht der von Junkerpreußen herbeigeführten Niederlage, sondern der Revolution und der „Unfähigkeit“ der Sozialdemokraten zur Regierung, so wird die Deutsche Volkspartei im Sandumdrehen wieder monarchistisch sein und gern dazu mitwirken, alle alten Zwangsmaßnahmen gegen das Volk neu einzuführen. Wenn eine Partei allgemeine Achtachtung und schwerste Niederlage verdient, dann ist es diese Deutsche Volkspartei, die politische Vertretung der Bourgeoisie, die um des Geldsacks willen das Junkertum in Deutschland so lange wahren ließ, bis es das Land unarunde gerichtet hatte. Der „Denkdenk Volksparteier“ — wach anmahnender Kamel — wird her 19. Januar zeigen müssen, daß sie im deutschen Volke keinen Boden hat.

Gespaltene Parteispalter.

Das Schicksal der kleinen Parteigruppen links von der Sozialdemokratie vollendet sich rasch. Ihr Aufstiegsprozess ist im vollen Zuge. Nachdem sich der Spartakusbund auch organisatorisch von der Partei der Unabhängigen abgegliedert hat, machen sich in beiden Lagern schon wieder neue Spaltungstendenzen sichtbar. Im Spartakusbund gibt es eine — es ist schwer zu sagen — „gemäßigte“ Richtung Liebknecht, Rosa Luxemburg, die sich an der Wahl zur Nationalversammlung zu beteiligen wünscht, sie ist trotz Ledebours Weisung gegen die noch radikalere Richtung Rühle, die sich an den Wahlen nicht beteiligen, sondern sie gewalttätig verhindern will, unterlegen.

Am zweiten Tage der Spartakistenkonferenz in Berlin erschien in der Tagung eine Deputation der „revolutionären Elemente“ und verlangte, daß die Konferenz ihre gefassten Beschlüsse, namentlich den Beschluß der Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, wieder umstoße. Geführt war diese Deputation von den linksradikalen Unabhängigen Ledebour, Richard Müller und Däumig. Die Verhandlungen zerbrachen sich, und nachdem dies geschehen war, beschleunigten die Spartakisten den Ledebour und Genossen, daß „einige linksradikale Mitglieder der bankrotten U. S. V. D.“ verhaftet hätten, Verwirrung anzurichten, daß ihnen dies aber nicht gelungen sei. Ledebour war abgehüpft!

Aus der Unabhängigen „Freiheit“ erfährt jetzt die Mitwelt den tieferen Sinn des Vorganges. Ledebour, Däumig und Richard Müller haben versucht, den linksradikalen Flügel der Unabhängigen zu Spartakus herüberzubringen. Bekanntlich hatte Ledebour es bei der Kandidatenaufstellung der Unabhängigen in Berlin mit den höchsten Könen der Unterstützung abgelehnt, mit seinem eigenen Parteigenossen Goale zusammen auf einer Liste zu kandidieren. Die „Freiheit“ vertrat jetzt den Grund: Die Liste Liebknecht-Ledebour war damals schon fertig, Ledebour hatte mit den Spartakisten einen Rückversicherungsvertrag geschlossen. Die „revolutionären Elemente“ waren für dies Projekt gewonnen, da kam der Beschluß des Spartakistenkongresses, der gegen Liebknechts Beschränkungen die Teilnahme an der Wahl glatt ablehnte! Damit war Ledebours Plan gescheitert, und daher sein Bemühen, mit Hilfe der revolutionären Elemente die Spartakisten zur Rücknahme ihres Beschlusses zu bewegen. Denn Ledebour, bemerkt die „Freiheit“, war nicht nur immer konsequent hinsichtlich Wahlen, sondern auch — hinsichtlich Gemüthsverden!

Im übrigen freit die „Freiheit“ über Ledebours Parteiberrat Gift und Galle und erklärt jedes weitere Wirken mit ihm zusammen, der gleichzeitig in der Parteileitung sitzt und die Partei sprengt, für unmöglich. Damit ist die Unabhängige Partei nunmehr in drei Trümmern gesprengt: die Reste um Goale-Dittmann, die linksradikalen um Ledebour-Däumig und die Spartakisten um Liebknecht-Luxemburg. Die Unabhängigen ernten jetzt die Früchte ihrer rein negativen Agitationspolitik. Die Unabhängigen sitzen zwischen sämtlichen Stühlen, ihre Partei ist gesplittert. Die vernünftigen Elemente rücken ab. Ein Teil, durch den Namen Edward Bernstein gekennzeichnet, ist in die alte Partei zurückgekehrt, ein anderer ist zu Spartakus übergeschwenkt.

Das Parteigewirr zur Linken der Sozialdemokratie ist dadurch so verwickelt geworden und die Zustände sind so unerfreulich, daß man anhängige Meinungen, die in diesen Verwickelungen hineingeraten sind, nur bedauern kann. Dabei handelt es sich, wie sich bei allen Wahlen gezeigt hat, keineswegs um die Bewegung großer Massen, sondern nur um Gruppen und Gegengruppen, die ihren Jammer und Stank vor der breiten Öffentlichkeit austragen. Und das geschieht unmittelbar vor den Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen nur Einigkeit, Klarheit, feste Zielsetzung den Sieg erringen können.

Die Vorgänge in neuen Lagern müssen jedem denkfähigen Arbeiter zeigen, daß er von dort aus nichts zu erhoffen hat. Einen klärenden Gegenray zu dem Wirrwarr der zerbröckelnden äußersten Linken bildet die impulsive Einigkeit und Ordnung, mit der die alte sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Kampf eintritt, als Kampferin der Arbeiterklasse und des Sozialismus den allseitigen Kampf um die Macht aufnimmt. Wer es mit den gespaltenen Parteispaltern hält, fällt ihr dabei in den Rücken. Wer den Sieg des arbeitenden Volkes bei den Wahlen will, muß die alte Sozialdemokratie mit ganzer Kraft unterstützen. Wie die strapalösen Flugblätter, die Presse und die Versammlungen der bürgerlichen Parteien beweisen, heißt sich rechts von uns alles gegen den Sozialismus zum Kampfe. Diesen Ansturm heißt es geschlossen abwehren. Die alte Sozialdemokratie ist die Sammelpartei der arbeitenden Volksmassen. Wer Sicherung und Ausbau der revolutionären Organisationskraft will, stelle sich hinter unsre Fahne!

Einigungsverhandlungen in München mit Hamburg.

In München ist es zwischen der Reichsdeutscher Sozialdemokratie und den Unabhängigen zu einer Einigung gekommen, die durch die Annahme folgenden Entwurfs im provisorischen Nationalrat herbeigeführt wurde: Nach Aufhebung gegenrevolutionärer Kommissare enthält der provisorische Nationalrat keinen entscheidenden Willen, ohne sich auf Parteistimmen und Parteipersonen zu berufen. Die Einigung ist einseitig durch den Reichsdeutscher Sozialdemokratie und die Unabhängigen zustande gekommen und eine politische Verbindung zwischen beiden Parteien gegen die Nationalversammlung und die Reichsversammlung zu bilden. Der Entwurf wurde von allen gegen die Annahme angenommen. Unter den Oben befinden sich die Mitglieder der Demokratischen Bewegung mit der Begründung, weil sie gar keinen Anlaß hätten, für die sozialistischen Parteien auch nach zu kommen.